

Rückzahlung der 2018 und 2019 erhobenen Kreisumlage an die Gemeinden TOP 17 der Kreistagsitzung vom 11. Dezember 2019

Grundlage für die Rede des Kreistagsabgeordneten DER LINKEN im Kreistag Schleswig-Flensburg, Manfred Küter, zur Rückzahlung der Kreisumlage an die Gemeinden.

Für die Kreistagsrede selbst gilt, wie immer, das gesprochene Wort.

Rückzahlung der Kreisumlageerhöhung von 2018 - 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

DIE LINKE fordert den Kreistag auf, die in den Jahren 2018 und 2019 erhobene Kreisumlage an die Gemeinden zurückzuzahlen.

Seit gestern hat sich die Situation dafür erheblich verbessert. Bei den Haushaltsberatungen im Hauptausschuss sind gestern überraschend sieben Millionen Euro aufgetaucht. Das ist eine Einnahme, mit der die Kreisverwaltung eigentlich hätte rechnen können.

Das sind Gelder aus der Vergangenheit, die jetzt wieder auftauchen. Das sind Gelder aus einer Zeit, in der den Gemeinden über die Kreisumlage Geld abgeknöpft wurde.

Meine Damen und Herren,
die heutige Situation zeigt zweierlei:

Es wird erstens sichtbar, dass es dem Kreis damals – bei Abschluss der Vereinbarung über die Kreisumlage – gar nicht so schlecht ging, wie allgemein verkündet wurde.

Der Kreis hat die Haushaltssituation damals – mit dem Hinweis auf eine notwendige, konservative Haushaltsaufstellung – einfach zu seinen Gunsten schlechter bewertet und dargestellt, um die Kreisumlage erheben zu können.

Zweitens hätte mit diesen neu aufgetauchten sieben Millionen Euro die Kreisumlage überhaupt nicht erhoben werden müssen.

Meine Damen und Herren,

viele Gemeinden wissen nicht, wie sie die ihnen übertragenen Aufgaben und Anforderungen bezahlen können. Das ist die eine Seite.

Auf der anderen Seite können sich die Gemeinden nicht gegen eine Kreisumlage wehren, denn die Kreisumlage ist eine unter bestimmten Bedingungen vorgeschriebene, gesetzliche Zwangsmaßnahme. Deshalb kann eine entsprechende - sogenannte freiwillige - Vereinbarung auch nur vor dem Hintergrund bewertet werden, dass die mit dem Kreis getroffene Vereinbarung das Schlimmste verhindern konnte. Aber das Geld fehlt den Gemeinden trotzdem. Die Gemeinden können dieses zu viel gezahlte Geld heute gut gebrauchen.

Die rechtlich schwache Position der Gemeinden wurde rigoros von Land und Kreis ausgenutzt, um die Kosten von bestellten Leistungen teilweise auf die Gemeinden abzuwälzen, um den Kreishaushalt zu sanieren, um die Schulden des Kreises leichter abtragen zu können. Das ist nicht korrekt.

Mit dem jetzt aufgetauchten Geld könnte die Situation der Gemeinden erheblich erleichtert werden.

Vielen Dank.

Manfred. Küter

11.12.2019